

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

24.10.1924 (No. 249)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 958 und 954. Postkonto Karlsruhe Nr. 5515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. K. Schmidt, Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärtig frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigenpreise 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Verleger des Anzeigers, bei Abgabe, zwangsweise Verbreitung und Konsumverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeiger keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

Amtlicher Teil

Extraneerprüfungen an den Höheren Schulen 1925

Die Prüfungen für Schulfremde (Extraneer) an den Höheren Schulen im Jahre 1925 werden — gleichzeitig mit den ordentlichen Prüfungen der Volkshochschulen und den Schulprüfungen der sechsstufigen Realschulen — gegen Ende des Schuljahres (vor Ostern) abgehalten werden. Besuche um Zulassung zu diesen Prüfungen sind mit den erforderlichen Nachweisen — §§ 20 und 21 der Verordnung vom 21. April 1913 — im Laufe des Monats Dezember d. J. einzureichen. Erst nach Ablauf dieser Frist einkommende oder durch nachträgliche Vorlage einzelner Nachweise ergänzte Besuche werden nicht berücksichtigt.

Zu den Prüfungen für Schulfremde werden nur solche Privatschüler zugelassen werden, welche durch die Staatsangehörigkeit oder den jeweiligen Wohnsitz ihrer Eltern oder deren gesetzlichen Stellvertreter auf Baden angewiesen sind.

Die Zeugnisse über den genossenen Vorbereitungsunterricht müssen für die sprachlichen Fächer genaue Angaben enthalten über den Umfang der Rektüre. Bezüglich der naturwissenschaftlichen Fächer müssen die Bescheinigungen erkennen lassen, daß der Vorbereitungsunterricht in diesen Fächern ein experimenteller Unterricht war und unter Benützung naturwissenschaftlicher Sammlungen erteilt wurde. Für alle Fächer sind die Lehrbücher anzugeben, die bei der Vorbereitung auf die Prüfung benützt wurden.

Die Vorbereitung der Reichstagswahlen

Aus den Parteien

Wie die Berliner „Zeit“ mitteilt, hielt der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei in Berlin eine Sitzung ab, deren Hauptzweck die Vorbereitungen zum Wahlkampf galt. Bezüglich der Wahlparole herrschte völlige Einmütigkeit. Die Deutsche Volkspartei wird den Wahlkampf selbständig führen, ohne Anlehnung nach rechts oder links.

In der am Donnerstag in Berlin abgehaltenen Sitzung des Parteivorstandes der Deutschnationalen Volkspartei erklärte der bisherige Parteivorsitzende, Staatsminister a. D. Gerat, daß er den Parteivorstand niederlegt, nachdem die Verhandlungen über die Regierungsbildung ihr Ende gefunden hätten. Herzog wurde wegen seiner Mißerfolge bei der Damesabstimmung und der Regierungsbildung besonders vom rechten Flügel der Partei angegriffen. Mit der Parteiführung wurde bis zur Jahreshauptwahl der Parteivorstand, d. i. bis Ende dieses Jahres, der Vorsitzende der preussischen Landtagsfraktion, Dr. Winter, betraut. Zugleich wurde Herr von Treppe einseitig zum Mitglied der Parteileitung ernannt. Im übrigen beschäftigte sich der Parteivorstand mit der Vorbereitung des am Montag stattfindenden Vertreterkongresses der Landesvorsitzenden.

In einer Bemerkung zu einem Artikel des „Tag“, worin die Frage des Beschlusses in der Zeitung der Deutschnationalen Volkspartei angeschnitten wird, erklärte es die „Kreuzzeitung“ für dringend erforderlich, daß die Föderationsfrage umgehend erledigt wird im Interesse eines einseitigen Aufbaues der Wahlorganisation. Die „Deutsche Zeitung“, die sich in einem Vorkatzen mit der gleichen Frage beschäftigt, bezeichnete den Rücktritt Herzogs von der Zeitung der Deutschnationalen Volkspartei als unabwiesliche Notwendigkeit.

Am demokratischen Klub in Berlin wurde am Donnerstag im Anschluß an eine Rede des Reichsministers a. D. Dr. Koch über das Thema „Neuer Wahlkampf“, in der Dr. Koch eine ausführliche Erörterung über die Haltung der Fraktion in den vergangenen Wochen und über die Haltung der Partei im Wahlkampf gab, eine Entschiedenheit angenommen, in der der Zeitung der Deutschdemokratischen Partei Dank und Vertrauen für die zielbewußte Führung ausgesprochen und erklärt wird, daß die Partei in den Wahlkampf mit dem stolzen Bewußtsein trete, daß sie in den schweren Kämpfen nach dem Kriege ihre vaterländische Pflicht im vollen Maße erfüllt habe.

Wie mehrere Blätter melden, hat Reichsminister Gamm der Wahlrechtsorganisation der Deutschdemokratischen Partei für Oberbayern und Schwaben, die ihm erneut die Spitzenkandidatur angetragen hat, bestimmt, daß er mit Rücksicht auf seine, durch die aufreibende politische Tätigkeit der letzten Jahre angegriffene Gesundheit die Kandidatur ablehne. Er sei jedoch bereit, der demokratischen Sache nach wie vor seine Kräfte zu leihen.

Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, wird der aus der demokratischen Partei ausgeschiedene Professor Gerland von der Deutschen Volkspartei an zweiter Stelle in Erfurt aufgestellt werden.

Lohnforderungen der Gewerkschaften. Zu der Meldung eines Berliner Blattes, daß die Gewerkschaften 15 Prozent Lohnmehrung forderten, bemerkt der „Vorwärts“, daß diese Forderung in dieser Form unzulässig sei. Von einem geschlossenen Vorgehen aller Gewerkschaften in der Lohnfrage sei keine Rede. Jede einzelne Gewerkschaft stimme die Forderung selbst darüber ab, wann und mit welchen Forderungen sie in die Lohnbewegung eintrete. Auch von Lohnkämpfen auf der ganzen Linie, zumal in Berlin, sei keine Rede.

Wirtschaftliche Umschau

Die zweite Periode der Ausführung des Dawesgutachten, die mit dem Abschluß der Reparationsanleihe eingeleitet wurde, hat neben der Aufhebung der Rheingolfgrenze, die den schlimmsten Druck vom nordbadischen Wirtschaftsleben nimmt, die Räumungen gebracht, an denen auch wichtige badische Gebiete beteiligt waren. Die Rheinhäfen von Karlsruhe und Mannheim sind wieder frei, nachdem bereits seit Wochen dort als Folge des Londoner Abkommens der Hafensbetrieb wieder in größerem Umfang aufgenommen haben werden können. Lediglich kleinere französische Abteilungen blieben in den Häfen zurück, die sich auch vor dem Ruhrkampf seit dem Waffenstillstand dort befanden. Ihre Anwesenheit wird französischerseits damit begründet, daß sie die Aufgabe hätten, die Beschlüsse der interalliierten Schiffsfahrtskommission in Köln auszuführen und zu überwachen. Gegen die Anwesenheit dieser Kommandos hat übrigens die deutsche Regierung seit langem unausgesetzt protestiert, da die beiden Häfen nicht innerhalb der besetzten Brückenköpfe liegen und die militärische Befehlsgewalt der Besatzungsmächte im übrigen nach dem Versailler Vertrag am rechten Rheinufer endet. Sowohl der Mannheimer und noch mehr der Karlsruher Häfen liegen vom Rhein ab. Die deutsche Regierung wird auf ihrer Forderung bestehen, daß endlich auch hier eine vertragsmäßige Regelung eintrete.

Der Karlsruher und Mannheimer Häfen wurden bekanntlich Anfang März 1923 als Repressalien gegen die Zerstörung des Rhein-Herne-Kanals (der bald wieder hergestellt war) besetzt und seitdem besetzt gehalten. Die Räumung der Häfen ist zwei Tage früher erfolgt, als nach dem Londoner Abkommen vorgesehen war. Am 22. Oktober erfolgten die weiteren vereinbarten Räumungen im Rheinland, des Gebiets von Dortmund-Görde, des Gebiets von Remscheid usw., des Bahnhofs Limburg a. d. Lahn, der Gebietsstreifen vor dem Brückenkopf Köln, während die Räumung der sogenannten Flaschenhälse, die von der Regiebahn durchschnitten werden, noch Verzögerungen erfährt. Diese Räumung muß aber auf jeden Fall bis 16. November, dem Tage der Übergabe der französisch-belgischen Eisenbahregie erfolgen.

Sehr wichtig ist es, daß der Kurs der Reparationsanleihe an den großen ausländischen Börsen weiterhin über dem Ausgabekurs von 92 Proz. bleibt, so wie er in New York sich auf 94 Proz. stabilisiert hat. Denn dies wird auch eine wohltätige Wirkung auf die privaten Kreditgeschäfte zwischen Deutschland und dem Ausland haben und die Zinsgestaltung beeinflussen. Sind aber Auslandscredite in relativ niedrigen Preisen zu haben, so wird auch der inländische Geldmarkt das spüren. Es wird hier eine Erleichterung zu erwarten sein. Andererseits dürfen wir freilich nicht vergessen, daß wir uns dadurch auf Neue gegenüber dem Ausland verschulden, daß die deutsche Arbeit so gesteigert und intensiviert werden muß, daß wir die Abtragung der neuen Schuld in fremder Valuta vornehmen können, ohne in die Gefahr einer neuen Inflation zu geraten. Daß auf den deutschen Börsen die verschiedentlich vom Abschluß der Anleihe erhoffte Belebung am Aktienmarkt nicht eintrat, kann insofern sogar als gutes Zeichen gewertet werden, als es für den mühseligen Blick auf den Börsen zeugt. Die Gesundung unserer Wirtschaft wird nur ganz langsam vor sich gehen und in diesem Fall auch sicher auf dem Geldmarkt und dann früher oder später in den Aktienkursen zum Ausdruck kommen, ohne daß das rein spekulative Element mitgewirkt hat und ohne daß demgemäß auch jeden Augenblick Mißschliffe drohen.

Die unmittelbare wirtschaftliche Bedeutung der Anleihe ist eben entsprechend ihrem Verwendungszweck gering im Vergleich zur weiteren Bedeutung, die man sich von ihr verspricht. Sie soll ja in der Hauptsache lediglich der Sicherung der deutschen Währung und der Finanzierung der deutschen Reparationsleistungen im ersten Jahr des Dawesplanes dienen. Dieser Plan wird Änderungen erfahren müssen, er war und ist von Anfang an als nichts anderes als ein bei Entgegenkommen beider Parteien unternehmener Versuch, der Reparationsfrage zuleibe zu gehen, als ein Kompromiß, als ein Provisorium anzusehen, das für Deutschland nur deshalb annehmbar war, weil es Kartellen enthält, welche die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu berücksichtigen versprechen und demgemäß die endgültigen Leistungen Deutschlands erst später festsetzt. Wichtig und loyal auf allen Seiten ausgeführt kann dieser

Versuch der internationalen Zusammenarbeit, der durch das Zustandekommen der Reparationsanleihe erst in sein eigentlich praktisches Stadium getreten ist, auch eine endgültige Lösung bringen.

Die Auflösung des Reichstags bringt leider Pausen in die Fortbildung der wirtschaftlichen Gesetzgebung. In dem dafür eingeleiteten Unter Ausschluß des Reichstags ist die Aufwertungsfrage unerledigt geblieben und so bleibt weiter die Unsicherheit auf diesem Gebiet, die unsere Wirtschaft empfindlich spürt. Die Frage wird wieder im Wahlkampf ihre Rolle spielen und die Erfahrungen sprechen nicht dafür, daß sie dadurch sachlich und zweckdienlich gefördert wird. Weiter erleidet die kürzlich notwendige große Steuerreform eine Verzögerung, wenn auch die Hoffnung ausgesprochen werden darf, daß die Vorarbeiten dazu trotzdem fortgeführt werden könnten. Auch die Handelsvertragsfragen können nicht so behandelt werden, wie es notwendig wäre, um für die deutsche Allgemeinheit und die deutsche Gesamtwirtschaft das Zweckdienlichste in die Wege zu leiten. Hier, wie überall, wird der Wahlkampf hemmend wirken, zumal gerade auf diesem Gebiet — es sei nur an den deutsch-spanischen Handelsvertrag erinnert — erhebliche Gegensätze innerhalb der großen Wirtschaftsgruppen bestehen. Überflüssig zu sagen, daß auch die Gestaltung des deutschen Zolltarifs sachliche Förderung durch den Wahlkampf nicht erfahren wird.

Daß die Teuerung, der man mit einer neuen Aktion zuleibe gehen will, für eine Reihe von Artikeln eine internationale Erscheinung ist, nicht zuletzt hervorgerufen durch den Reichtum so großer Produktionsländer wie Amerika, darf nicht vergessen werden. Desto schwieriger aber ist die Lage des verarmten und außerdem mit drückendsten Abgaben an seine Reparationsgläubiger belasteten deutschen Volks und desto schwieriger wird es für seine Regierenden sein, dessen Lebenshaltung zu erleichtern. Es muß da, wo Abhilfe möglich ist, nach der Wurzel und der Ursache der Teuerung gesucht werden, ein Herumdoktern an den Symptomen, nur äußerlich wirkame Zwangsmassnahmen werden keine Abhilfe bringen.

Die hohe Steuerbelastung ist zweifellos eines der Hindernisse des Preisabbaus. Reichsminister a. D. Dr. Gothein berechnet die Jahresbelastung der deutschen Bevölkerung an Steuern und Zöllen mit 200 Mark pro Kopf, während nach neuerdings von Prof. Gulenberg-Berlin angestellten Berechnungen das gesamte Jahreseinkommen auf 400 M. pro Kopf (nach Selbstverdienst betrug es im Frieden 640 M. pro Kopf) angenommen wird. Das würde bedeuten, daß die Hälfte des deutschen Einkommens durch Steuern und Zölle weggenommen wird. Selbst, wenn die Schätzung Gotheins so hoch ist, zeigt dies eine ganz unerträgliche Belastung, die ihre Wirkung auch auf die Produktion haben muß. Denn es werden ihr dadurch Mittel entzogen, die sie entweder auf andere Weise unter hohen Zinsen aufbringen muß, oder eben nicht aufbringen kann, was Betriebsbeschränkungen zur Folge hat. In beiden Fällen aber ergeben sich deutlich sichtbare Teuerungsfaktoren. Auch die hohen direkten Einkommensteuern der Festbesoldeten (im Frieden vielleicht 2—3 Proz., jetzt 9 Proz. bei geringerem Einkommen) wirken in dieser Richtung, wenn man bedenkt, daß dadurch das Sparen erschwert und reichlichere Zuflüsse an Sparkassen usw. verhindert werden, also die Kapitalbildung erschwert wird.

Hier wird es nur ein Mittel geben: weitere Sparmaßnahmen in Reich, Ländern und Gemeinden und Herabsetzung der Steuern. Gerade bei den Gemeinden kann hier gar wohl eingeseht werden, wenn man bedenkt, daß eine Stadt wie Mannheim 3 Millionen überschuldete verzeichnet, München an 24 Millionen, Augsburg 2,3 Millionen. Allein Augsburg hat seinen ganzen Jahresüberschuss zur Ermäßigung der Steuern und Gebühren verwandt. Aber auch die Reichssteuern sind zu hoch, wenn die Meldungen zutreffen, daß ein Überschuss von 1,3 Milliarden in diesem Jahre erzielt wird. Obendrein verzeichnet die Reichsbahn in den letzten 10 Monaten 1,2 Milliarden an Überschüssen, die Reichspost einen solchen von fast 50 Millionen. Ein weiterer Abbau der Frachten, der verbilligend wirken muß, scheint also gleichfalls möglich. Abbau der Produktionskosten und Frachten wirkt aber nicht nur auf die Preise günstig ein, sondern vermindert auch die Arbeitslosigkeit.

Wegen der Höhe der Börsenumsatzsteuer ist es am Montag zu Kundgebungen an deutschen Börsen gekommen. Die Banken und Bankiers stehen auf dem Standpunkt, daß sie ihre Provisionen erst ermäßigen könnten,

wenn eine scharfe Herabsetzung der Wörferumfahsteuer erfolge. Solange dies nicht geschehe, sei die Börse im Dienste der Gesamtwirtschaft nicht aktionsfähig, wobei es sich durchaus nicht darum handele, die unvermeidliche Umkehrung und notwendige Verringerung der Wörferumsätze und des Wörferpersonals zu verhindern, sondern um die Belebung des deutschen Kapitalmarktes. Heute erfordere eine aus Kauf und Verkauf bestehende Transaktion eines Wörferbundes beinahe das Dfache des Wörferkriegsbetrages, und im Ausland seien die entsprechenden Gebühren erheblich niedriger, sodass ausländische Kunden kein Interesse hätten, Effektenkäufe an deutschen Wörfern zu machen, das vielmehr umgekehrt sich an ausländischen Wörfern Märkte für deutsche Wertpapiere bilden, welche den deutschen Wörfern naturgemäß Abbruch tun. Auch bei Betrachtung der heute ungleich höheren Kursdifferenzen für Dividendenpapiere sei die Belastung eine viel höhere als vor dem Kriege. *

Die Inkraftsetzung des Londoner Abkommens

Die Rückgabe der Staatsforsten

W. W. Koblenz, 23. Okt. Durch die Koblenzer Verhandlungen ist die Rückgabe der Staatsforsten an die Länderregierungen nunmehr vollzogen. Den Abmachungen zufolge werden für die Freigabe des von den Alliierten beschlagnahmten Forstbesitzes die Staatsforstverwaltungen vom Reich, das Reich und die Holzfirmen aus der Wälderklasse entschädigt werden, Geschlagene Holz, das veräußert ist, ist zur Abfuhr freigegeben, soweit sich die Käufer durch ordnungsgemäße Holzabfuhrscheine ausweisen können.

Rückgabe von Regiezeichen

W. W. Essen, 23. Okt. Wie nunmehr endgültig feststeht, werden die Regiezeichen, Ähren und König Ludwig am 27. Oktober nachts 12 Uhr, d. i. im letzten Augenblick der der französischen Regierung durch das Londoner Abkommen gelassenen Frist, von der französischen Verwaltung dem Eigentümer zurückgegeben. Während die Regie über einen unbeschränkten Absatz verfügte, und daher die Arbeiterzahl auf 2000 und Ähren von 6500 auf 10500 und auf König Ludwig von 8200 auf 7200 steigern konnte, müssen sich die Regien jetzt wieder den allgemeinen Absatzverhältnissen im Ruhrgebiet anpassen. Da diese zur Zeit schlecht sind, wird nur eine diesen Verhältnissen entsprechende Belegschaft beschäftigt werden können.

Jarres die Ausübung des Oberbürgermeisteramtes untersagt

W. W. Duisburg, 23. Okt. Wie wir erfahren, hat die belgische Besatzungsbehörde dem Minister Dr. Jarres die Übernahme seines Duisburger Amtes als Oberbürgermeister zurzeit verweigert. Diese Entscheidung widerspricht, muß umso mehr bestritten, als die bisherigen Verhandlungen darauf schließen ließen, daß sich die Besatzungsbehörde der Rückkehr Dr. Jarres in sein Amt nicht widersetzen würde. Die Stadt Duisburg, welche durch diese Ablehnung aufs heftigste überrascht ist, hofft, da weitere Verhandlungen der Reichsregierung mit der belgischen Regierung doch noch zur Rückkehr ihres Oberbürgermeisters in sein Amt führen werden.

Die Militärkontrolle

W. W. Berlin, 23. Okt. In der Woche vom 13.—18. Okt. wurden von der Interalliierten Kontrollkommission aufgesucht: 24 Truppeneinheiten, 81 Heeresanstalten und Verwaltungen, 42 Polizeistellen und 30 Firmen- und Fabrikbetriebe. Außerdem fand ein nicht angelegter Besuch bei einem Truppenteil in Dessau statt. Unter den der Kontrolle unterzogenen Fabrikbetrieben befinden sich folgende Firmen: Auer-WG, Berlin, Berliner Maschinenbau-A.G., vorm. Schwarzloppf, Druckenmüller-Tempelhof, Kalle & Gensel-Wittau, Verein Freiburger Maschinenfabrikanten in Freiburg i. S., Schell, Hugo Schneider A.-G., Leipzig, Phönix, Hörde, Stahlwerk Wedder-Billig-Krefeld, Mannesmannröhrenwerke in Witten usw.

Die belgisch-französischen Handelsvertragsverhandlungen haben nach einer Meldung aus Brüssel zum Abschluß eines modus vivendi geführt. Frankreich erhält eine Herabsetzung für den neuen belgischen Zolltarif für etwa 20 Artikel. Belgien seinerseits erhält Befreiung hinsichtlich der Lizenzregimes, das Frankreich für seine Einfuhr und Ausfuhr geschaffen hat, sowie Tarifänderungen für sechs Artikel der belgischen Produktion. Das Abkommen soll am 10. November in Kraft treten.

Kammerspiele im Künstlerhaus

Strindbergabend

Zum erstenmal: Der Scheiterhaufen, Kammerstück in 3 Akten von August Strindberg. In Szene gesetzt von Felix Baumbach.

„Der Scheiterhaufen“ ist eines der vier späten Strindbergschen Kammerstücke von 1907, wozu auch „Wetterleuchten“ gehört. Anlässlich dessen Erstaufführung im Landestheater Rastatt 1923 habe ich mich grundlegend über das Problem Strindbergs ausgesprochen. Meinen damaligen Ausführungen habe ich nichts hinzuzufügen.

Ich will von vornherein betonen, daß ich die sprachenlose Strindbergbegeisterung, die in Deutschland zu einer unkritischen Strindbergmode, einem bestimmungslosen Strindbergtaumel geführt hat, nicht teile. Es gilt auch hier, den Kopf klar zu halten.

Strindberg ist ein enormer Köhner, insbesondere ein Theaterkünstler, der alle Mittel bühnenmäßiger Stimmungsregung souverän beherrscht. Die letzte dichterische Tiefe, die Weite und Allseitigkeit des Weltbildes in individueller, einzigartiger und wiederholbarer sprachschöpferischer Form zum Ausdruck gestaltet, besitzt Strindberg nicht. Sein mitreißendes, lobenswerdes Temperament ist einseitig, darin liegt Stärke und Schwäche. Strindberg bleibt immer der Monomane, dessen angeborenes großes Talent durch nur pathologisch zu erklärende Hemmungen zur Unfreiheit gebunden ist, so daß er in immer neuen Variationen und stets das alte autobiographische Thema seines Lebens am Weibe und an der Welt einhämmert. Sein Talent ist paranöisch oder schizophren, oder wie immer die medizinischen Fachausdrücke lauten, gehemmt, aber die Beherrschung, mit der sich sein eindimensionales, monomanisches Temperament äußert, ist so hemmungslos, daß sie oft letzte Schreie vor tiefsten Abgründen menschlichen Seins erreicht, und diese vulkanisch-elementaren Ausdrücke weiß er, wenn auch nicht mit genialer Wortgewalt, so doch mit unvergleichlicher bühnentechnischer Situationsgenauigkeit zu Stimmungen zu verbinden, die uns schauernd seine Schmarionetten als entsetzliche Lebewesen erleben lassen. Vielleicht wirken Strindbergs Gestalten gerade deshalb so lebendig, weil sie

Politische Neuigkeiten

Stresemann über die deutsch-französischen Beziehungen

Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ hatte eine Unterredung mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann, über die er im allgemeinen, ohne den Wortlaut von Erklärungen zu veröffentlichen, berichtet:

Dr. Stresemann habe erklärt, die deutsch-französischen Beziehungen hätten sich verbessert. Mit der fortschreitenden Klärung des Ruhrgebietes würden sie sich noch weiter verbessern. Doch gebe es in den Beziehungen der beiden Länder etwas, was ihm mißfalle. Er beklagt sich, daß man in Frankreich nicht vollkommen die deutsche Mentalität begreife, die man durch französische Brillen zu betrachten pflege. Eine Rede, die Herriot kürzlich gehalten habe, mißfalle ihm, da Herriot gesagt habe, Deutschland müsse, um Vertrauen einzuführen, alles vergessen, was es angebetet habe. Ein Bruch mit der Vergangenheit sei unmöglich. Die Deutschen, wie alle anderen Völker, hätten ihre Vergangenheit, die ihnen im Fleisch und Blut übergegangen sei. Wie könnte man jetzt vergessen, was noch vor 10 Jahren war, wie könnte man die Entwicklung vergessen, die aus Deutschland einen soliden und disziplinierten Staat gemacht habe. Das augenblickliche Deutschland bleibe seiner Vergangenheit so ergeben, wie Frankreich der napoleonischen Epoche seiner Vergangenheit ergeben gewesen sei. — Der Berichterstatter erklärt, Dr. Stresemann habe sich dahin ausgesprochen, daß augenblicklich in Deutschland niemand, mit Ausnahme einiger Exaltierter, an die Wiederherstellung der Monarchie denke. Viele Gründe, abgesehen von den internationalen Schwierigkeiten, ständen der Wiederherstellung des alten Regimes entgegen. — Schließlich erklärt der Berichterstatter, nach Ansicht Dr. Stresemanns müsse Frankreich sich bemühen, mit den solidesten, aktivsten und reichsten Kreisen Deutschlands zusammenzuarbeiten. Es müsse sich für die Milieus interessieren, die in Wirklichkeit die Hauptrolle spielen und mit denen in Verbindung treten, die die Nation führten, mit den Industriellen, Geschäftsleuten und Intellektuellen.

Frankreich und Deutschland

W. W. London, 24. Okt. Der Berichterstatter der „Times“ schreibt über den Umschwung, der in der französischen Politik stattfinde, und über die neue Haltung gegenüber Deutschland, der Händedruck, mit dem General Jourdan und Cail্লাuz bei der Verdringung von Anatole France sei ein Zeichen der großen Veränderung in der politischen Lage, die in Frankreich eingetreten sei und die als die Rückkehr zu den Vorkriegsverhältnissen bezeichnet werden könne. Die Bestrebungen zugunsten Deutschlands nähmen wieder zu. Feste dauernde Abmachungen mit Deutschland und wirtschaftliches Zusammenwirken der deutschen mit der französischen Industrie, insbesondere der metallurgischen, begünten den hervorragenden französischen Staatsmännern als unvermeidlich zu erscheinen.

Das Blatt betont, daß zahlreiche politische Stimmungen und wirtschaftliche Schwierigkeiten überwunden werden müßten, bevor der Gedanke einer deutsch-französischen Industrievereinbarung verwirklicht werden könnte, wenn dies überhaupt je der Fall sein werde. Bei dem augenblicklich engen Zusammenhang von Politik und Wirtschaft, scheine die neue Formel der französischen Autoritäten, wirtschaftliche Abereinkommen mit Deutschland und besondere politische Abmachungen mit England, ein wenig zu abstrakt. Die Bestrebungen, ein wirtschaftliches Abereinkommen mit Deutschland zu treffen, würden in England mit sehr großem Interesse, aber nicht notwendigerweise mit Besorgnis verfolgt werden. Die Anzeichen, daß diese Bestrebungen an Stärke zunehmen, würden bei allen Erwägungen über die wirtschaftliche Zukunft Großbritanniens sorgfältig in Erwägung gezogen.

Ein internationaler Stahlindustriellenverband? Die „Chicago Tribune“ meldet aus London, man plane die Bildung eines Verbandes aller Stahlindustriellen von Deutschland, Belgien, Frankreich, England und Luxemburg.

Die Mandatskommission des Völkerbundes

trat am Donnerstag unter dem Vorsitz des Marquis Theobald-Italien in Genf zur 5. Tagung zusammen. Der Direktor der Mandatsabteilung des Völkerbundssekretariats Accard erstattete ausführlichen Bericht über die wichtigsten Vorgänge in der Mandatsabteilung seit der letzten Tagung, wobei er u. a. erwähnte, daß verschiedene, unmittelbar an den Völkerbund gerichtete Petitionen von Bewohnern der Mandatsgebiete zurückgewiesen wurden, da Petitionen nur durch Vermittlung der Mandatsmächte zum Völkerbund gelangen. Seine Demission seiner Ausführungen äußerte sich Accard, der keine Demission gegeben hat, im allgemeinen über das Mandatsystem.

Er wies auf die Vorwürfe hin, die gegen das Mandatsystem erhoben würden, das unter falscher Humanitätsflagge nur die Ausbeutungslust gieriger Ausbeuter und Eroberer und verschleierte Sanktionen verberge. Wenn diese Vorwürfe zutreffen würden, würde der Völkerbund sein Ansehen einbüßen. Wenn das Mandatsystem sich aber im Gegenteil immer mehr als eine verantwortungsvolle Vormundschaft über zurückgebliebene Völkerschaften betätigen würde, dann würde der Völkerbund und damit der Frieden daraus den größten Nutzen ziehen. Accard betonte dabei, daß zwischen dem Völkerbund und den Mandatsmächten ein unangreifbares Band bestehe, nämlich der Jahresbericht, den die Mächte der Kommission erstatten, und daß dank der Bemühungen der Kommission dieses lockere Band sich jedes Jahr befestigt habe. Also sei die Bedeutung der Kommission des Völkerbundes darin zu sehen, daß die freien Geister mehrerer Mitgliedstaaten und auch besonders mehrerer freier größerer Länder, die dem Völkerbund noch nicht angehören, diese Arbeiten mit Aufmerksamkeit und Sympathie verfolgen.

Zur Berichterstattung über das Palästinaamandat wird der englische Oberkommissar Sir Herbert Samuel persönlich nach Genf kommen. Die Berichterstattung und Beratung über die Berichte der einzelnen Mandatsfragen findet unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Im württembergischen Landtag

wandte sich am Donnerstag Staatspräsident Basille bei der Staatsberatung gegen die von sozialdemokratischer und kommunistischer Seite gegen die Regierung gerichteten Angriffe. Er bezeichnete die Reichstagsauflösung als ein Unglück. Weiterhin rechtfertigte der Staatspräsident die der Berliner Gesamtschaft gegebenen Instruktionen für die Abstimmung über die Dawes-Gesetze und den deutsch-spanischen Handelsvertrag, sowie die Abberufung des früheren württembergischen Gefandten Hildenbrand, die in aller Form zu Recht erfolgt sei, aber nicht aus politischen Gründen, sondern weil Hildenbrand für die Erfüllung seiner Verpflichtungen nicht die notwendige fachliche Ausbildung besaß. In fünf aus den Akten ersichtlichen Fällen habe sich Hildenbrand ein instruktionswidriges Verhalten an Schulen kommen lassen. So seien die Bestimmungen über Versammlungen im Gehege zum Schutze der Republik zustande gekommen, weil Hildenbrand instruktionswidrig abgemittelt habe. — Während der Rede des Staatspräsidenten kam es wiederholt zu lärmenden Ausbrüchen. Abg. Dr. Sieber (Dem.) nahm als früherer Staatspräsident Hildenbrand in Schutz und erklärte, durch Hildenbrand sei keinerlei Unheil angerichtet worden. Er habe auch zu einer disziplinarischen Verfolgung keinen Anlaß gegeben. Staatspräsident Basille erwiderte, daß auch das frühere Staatsministerium die Abberufung Hildenbrands erwogen habe.

Die deutsch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen sind, wie seinerzeit gemeldet, vor einigen Wochen unterbrochen worden, um den beiderseitigen Delegationen Gelegenheit zu geben, mit ihren Regierungen wegen Klärung einzelner Verhandlungspunkte in Verbindung zu treten. Wie W. W. hört, ist nunmehr vereinbart worden, die Verhandlungen am 10. November in Berlin wieder aufzunehmen.

Gastbefehle gegen alle ehemaligen kommunistischen Reichstagsabgeordneten. Die Berliner „Morgenspost“ teilt mit, daß gegen alle 62 kommunistischen Abgeordneten Gastbefehle auf Anordnung des Staatsgerichtshofes erlassen seien. Außerdem erklärt das Blatt, daß im Verlage der Jugendinternationale und allen anderen kommunistischen Buchhandlungen Gausuchungen stattgefunden haben. Gollner, der bisher in Moskau sich befunden hat, soll nach Leipzig überführt worden sein.

Der Berliner Gemeindefreierklub vermieden. Wie die Berliner Blätter berichten, wurde das Abkommen, das zwischen den Verbänden der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Direktion der Berliner Gas- und Wasserwerke getroffen wurde, in einer Abstimmung angenommen. Gegen die Annahme stimmten nicht ganz 95 Prozent der Belegschaften. Damit ist der Streik beendet.

Die südbawische Regierungskrise hat sich kompliziert, nachdem die kroatische Bauernpartei unter dem Vorbehalt von Mandats eine Entschädigung angenommen hat, die es auf das schärfste verurteilt, daß die Krone unmittelbar oder mittelbar auf das Parlament und auf die Wahl seines Präsidenten Einfluß genommen habe, wodurch der Schwerpunkt des öffentlichen Lebens aus dem Parlament herausverlegt und ein persönliches und absolutistisches Regime eingeführt werde. Der Antrag spricht sich für die Fortsetzung der Verständigungspolitik zwischen Serbien und Kroatien, sowie für die Bildung einer Konzentrationsregierung aus, jedoch unter der Bedingung, daß eine solche Regierung sofort Neuwahlen ausschreibe und deren Freiheit garantiere.

einseitig verzerrte Karikaturen sind, die als einzige Kunst durch ihre eindimensionale Abstraktion, wie schon der Philosoph Simmel erkannt hat, das Leben in seiner aller Harmonie feindlichen Maßlosigkeit kennzeichnet, in dem Menschen den metaphysischen Grenzberäcker erschauen läßt.

Alle diese positiven und negativen Eigenschaften Strindbergschen Schaffens offenbaren sich in seinen späten Kammerstücken, insbesondere auch in „Der Scheiterhaufen“. Nirgends hat er genialer die Kunst einheitlicher Stimmungsbildung betätigt als in diesen Kammerstücken, von denen „Der Scheiterhaufen“ zwar nicht das tiefste und reichste, aber sicherlich das dramaturgisch beste, weil einheitlich geschlossenes ist. Allen Kennzeichen Strindbergscher Dramatik begegnen wir hier: Die Ehe-tragik der an einander Gefesselten, die sich hassen und doch lieben, wobei allerdings gemäß Strindbergs antifeministischer Grundrichtung das Weib den Großteil des Hassens trägt; die Mutter-schuld, die ihr Kind verkommen läßt, wird hier noch stärker geschildert wie 1892 in dem Einakter mit dem ironisch-bitteren Titel „Mutterliebe“, auch „Der Scheiterhaufen“ hieß in gleicher Ironie ursprünglich „Pelikan“; das Erbsünde-problem, in dem der sechzigjährige Strindberg seinen Weibes-haß auf beide Geschlechter erweiternd mildert und vereiwigt; der eindringende Fremdling, dem hier der Sohn in der Rolle des Entlarvers entgegengetreten wird; ja, alle stofflichen Einzelheiten schizophrener Erfahrung wie das Geheimnis-volle, das Erscheinungen-Sehen und Geräusche-Hören, die schreckende Geisteswirkung des Windstoßes bis zum Kennzeichen des schlechten Essens als Auswirkung des Hasses und der Jähzucht.

Gerade diese Materialien seiner schizophrener Erfahrung verwendet Strindberg zu einer gewaltigen einheitlichen Stimmungserzeugung. Hier ist jede szenatische Bemerkung zugleich Glied seiner dramatischen Gestaltung. Der Regisseur ist dadurch gebunden. Wenn diese Stimmungsmittel nicht vollkommen zur Auswirkung gelangen, so wird das Werk dadurch beeinträchtigt. Dies war der Fall bei der Aufführung im Künstlerhaus. Doch trifft die Schuld einzig und allein die mangelhaften Bühneneinrichtungen im Künstlerhaus und keineswegs den Regisseur, als welchen wir mit Freuden Felix

Baumbach nach langer Krankheit wieder begrüßen durften. Was mit den vorhandenen Bühnennitteln zu erzielen war, hat er geleistet, und wenn er zu Beginn des Stückes noch eine symbolische Szenenbeleuchtung schuf, so hat er mit großem Geschick von vornherein das Stück über die ihm anhaltende naturalistische Szöhere hinausgehoben. Für alles Szenische verdient er unseren vollen Dank.

Was bei seiner Inszenierung zum Einspruch reizt, ist die innere Regieführung. Der Kammerstückcharakter war in Ver-gessenheit geraten, denn dieser liegt nicht nur in der räumlichen Beschränkung der Bühnenfläche, sondern vor allem in der Dämpfung von Sprache, Gestus und Mimik, in dem was das Kammerstück nach Strindbergs Wort zum Küstlertheater macht. Die Art, wie die Darsteller sprachen und spielten, war dem Rahmen des großen Schauspiel im Landestheater angemessen, aber nicht dem Kammerstück im Künstlerhaus. Zu schreiend im Kinofilm war auch die Schlußszene, die die beiden Darsteller in grellster Beleuchtung in die Bühnenmitte stellten, so daß das Publikum jede kleinste Einzelheit des überreichen Mienspiels ihrer voll zugewandten Gesichter verfolgen mußte, wie auf der Filmleinwand.

Unter diesem grundsätzlichen Fehler der Regieführung litten natürlich auch die Einzelleistungen der Darsteller. Einzig und allein Mel. Ermarth bot als die Mutter eine ganz große, reife Kammerstückleistung. Sie wußte mit ihrer übertragenden Kunst trotz und gerade wegen ihrer Dämpfung stärkste Wirkung auszulösen. Ohne die Reichhaltigkeit ihrer Spiel- und Ausdrucksnuancen irgendwie zu behindern, schuf sie eine durch-aus einheitlich geschlossene Gestalt in nie durchbrochenem Kammerstückstil. Bei Bruno Günter trat das deutliche Bestreben in Erscheinung, die Figur des Sohnes einheitlich aufzubauen und man konnte auch mit seiner Grundausfassung durchaus zufrieden sein. Aber in der Ausführung paßte es ihm wiederholt, daß er diese Grundlinie verließ und plötzlich einen anderen, sei es nun älteren oder stärkeren oder stärkeren Charakter spielte. In seinem Spiel, das freidenkweise vollkommen kammerstückartig war, offenbarte sich besonders der geringe Mangel in der Regieführung. Das überreiche Mienspiel in der Schlußszene wurde schon erwähnt; besonders in Erschei-

Der Prozeß gegen die Organisation Consul

Im Prozeß gegen die Organisation Consul vor dem Staatsgerichtshof zu Leipzig wurde am Donnerstag die Vernehmung der Angeklagten abgeschlossen.

Der Angeklagte Hoffmann erklärte auf Befragen des Vorsitzenden, daß er mit dem Rathenau- und dem Scheidemann-Akten nichts zu tun habe. Dem schlossen sich auch die anderen Angeklagten an. Über den geheimen Charakter der Organisation Consul befragt, sagte der Angeklagte Müller, daß der von ihm entworfene Teil der Satzungen sich auf die Aufgabe bezogen habe, einen militärischen Verband aufzustellen, der geheim bleiben müßte. Die Satzung hätte nur deshalb Aufsehen erregt, weil Wirth im Reichstag sie heftig angegriffen und Scheidemann von Mordorganisation gesprochen habe. — Der Vorsitzende betonte, daß der Verdacht des Bestehens einer gewissen Mordzentrale wohl begründet war; denn Lillessen und Schulz seien unter Killinger tätig gewesen. — Brühren, der, wie auch der Angeklagte Rahn mit Schulz und Lillessen bis April 1921 bei einer Regensburger Firma tätig war, will Anmerkungen für Oberbefehlshaber vorgenommen haben, bestreitet aber seine offizielle Zugehörigkeit zur Organisation Consul.

In der Nachmittags-Sitzung wird zunächst der Angeklagte Frh. Jechtz-Neutrich vernommen, der bestreitet, mit der Organisation Consul in Verbindung gestanden zu haben. Eine andere Frage, als den polnischen Aufstand in Oberschlesien, gab es damals nicht. Der Angeklagte Schreiner, der die Bezirksleitung in Berlin übernommen hatte, sagt aus, daß unter den Grenzsoldaten große Erbitterung geherrscht habe, da sie sich in ihren Hoffnungen enttäuscht fühlten. Der Rechtsanwalt Rütgebrunn macht darauf aufmerksam, daß der ehemalige Reichswehrminister Roste selbst die Mitgliedschaft anerkannt. Der Angeklagte Riebig sagt aus, er habe seine Aufgabe als rein militärisch aufgefaßt.

Kurze Nachrichten

Der deutsche Botschafter in Paris, v. Goeß, ist gestern mit dem Ministerpräsidenten Herriot empfangen worden, mit dem er sich über Fragen, die die Ausführung des Dawesplanes betreffen, unterhielt.

Öffentliche Fürsorge. In seiner Vollendung am Donnerstag verlängerte der Reichstag bis zum 1. Dezember die Geltungsdauer der Grundzüge für die Voraussetzungen, die Art und das Maß der öffentlichen Fürsorgeleistungen, die am 27. März 1924 aufgestellt worden sind.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat auf seiner außerordentlichen Vollversammlung einstimmig beschlossen zu fordern, daß die Errichtung einer landwirtschaftlichen Kreditanstalt, wie sie in § 9 des Gesetzes über die Goldnotenbank vorgesehen ist, unverzüglich und in innigster Anlehnung an die erfolgte Umgestaltung der deutschen Rentenbank vorgenommen werde.

Das neue Journalistengesetz. Der im Auftrag des Reichsministers des Innern ausgearbeitete Entwurf eines Journalistengesetzes ist jetzt den Spitzenverbänden der Presse zur Begutachtung überandt worden.

Die Miete in Preußen. Der preussische Minister für Volkswirtschaft hat die Miete für November wiederum auf 66 Proz. der reinen Friedensmiete festgesetzt.

Im bayerischen Landtag wurde die Etatsrede des Finanzministers von den Mehrheitsparteien mit starkem Beifall aufgenommen. Präsident Königsbauer teilte sodann mit, daß die Staatskassette nach den Beschlüssen des Altestenrates auf unbestimmte Zeit zurückgestellt werde, um den einzelnen Fraktionen Gelegenheit zum Studium des Etats zu geben. Die nächste Sitzung wurde auf den 4. Nov. einberufen.

Verurteilung der Leipziger Volkszeitung. Der Redakteur der Leipziger Volkszeitung, Ernst August Frenzel, wurde vom Leipziger Amtsgericht wegen Verstoßes gegen § 21 u. 8 des Preßgesetzes zu 2 Monaten Festungshaft verurteilt. Die Öffentlichkeit war wegen Führung der Staatsicherheit während der Verhandlung, wie auch bei der Begründung des Urteils ausgeschlossen. Die unter Anklage gestellten Artikel bezogen sich auf die Vorgänge im sächsischen Landtag.

Der Erzbergermörder. Wie der „Pester Lloyd“ berichtet, befindet sich Schulz-Hörster noch immer in Polizeihaft in Budapest, obwohl es schon entschieden ist, daß er aus Ungarn ausgewiesen ist und abgehoben wird. Hiermit habe es jedoch seine Schwierigkeiten, da keines der Nachbarländer geneigt ist, Schulz-Hörster zu übernehmen. Es wird, so schreibt das erwähnte Blatt, nichts anderes übrig bleiben, als Schulz-Hörster in einem Internierungslager unterzubringen.

Die belgische Antwort auf das deutsche Memorandum zum Völkerverbund ist überreicht. Die Antwort unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der französischen und englischen und lehnt, abgesehen von einer Zulassung hinausläuft, das Recht

des Reiches auf irgend ein Privilegium oder Begünstigungsmahnmahnen ab.

Abg. Osann †. Der heftige Landtagsabg. und frühere Reichstagsabg. Dr. Osann (Deutsche Volkspartei) ist, wie aus Darmstadt gemeldet wird, gestorben.

Der französische Ministerpräsident Herriot hat gestern den Generalagenten für die Reparationszahlungen, Barter Gilbert, in Anwesenheit des französischen Finanzministers empfangen. Herriot verhandelte auch später mit dem französischen Delegierten bei der Reparationskommission Louis Barthou.

Badischer Teil

Zur Räumung der Häfen von Mannheim und Karlsruhe

Auf das Telegramm des Reichskanzlers Dr. Marx anlässlich der Räumung der badischen Häfen Karlsruhe und Mannheim hat Staatspräsident Dr. Köhler den Dank des Landes in folgendem Telegramm zum Ausdruck gebracht:

„Für die aufrichtigen Glückwünsche namens der Reichsregierung danke ich Ihnen herzlich. Die nunmehr befreiten Landesteile werden stets dankbar der wirksamen Unterstützung des Reiches gedenken und durch verdoppelte Anstrengung die Schäden der Besetzung zu überwinden trachten.“

Staatspräsident Dr. Köhler. Das Glückwunschtelegramm des Reichsministers für die besetzten Gebiete wurde mit folgendem Telegramm beantwortet:

„Herzlichen Dank für die freundlichen Glückwünsche. Möge Ihre Hoffnung auf wirtschaftliches Aufblühen der befreiten Landesteile sich bald erfüllen.“

Staatspräsident Dr. Köhler.

Minister Prof. Dr. Gelpach an den Reichswehrminister

Unterrichtsminister Prof. Dr. Gelpach hat an den Reichswehrminister Dr. Gehler das folgende Telegramm gerichtet: „Ich war sicher, daß Ihre politische Treue die Spekulation der Gegner zügel strafen wird. Der Dank aller wahrhaft national-Gefinnten ist Ihnen dafür gewiß. Die Namen Rathenau, Gehler, Schacht sind leuchtende Zeugnisse für die Aufbaubarkeit der deutschen Demokratie. Trotz allem sichern nur unser Gedanke und Wirken dem Vaterlande eine glücklichere Zukunft.“

Die Einleitung der Wahlbewegung

Ein Gutes bringt jede Wahl zu öffentlichen Körperchaften mit sich: Die Steigerung des politischen und öffentlichen Interesses! Das ist zu begrüßen. Der Durchschnittsdeutsche ist leider ziemlich unpolitisch. Das hat ihm schon vor mehr als 80 Jahren der große Lyriker Heinrich Heine bezeugt, der in vielen Wendungen seiner satirischen Gedichte von der politischen Kinderstube Deutschlands sprach. Seit dieser Zeit ist es etwas besser geworden, allein es zeugt doch noch immer von erheblicher politischer Indifferenz, wenn z. B. bei der letzten Reichstagswahl vom 4. Mai ds. Js. nur 67 Proz. der Wahlberechtigten zur Wahl gegangen sind. Und das in einem Lande mit dem freiesten Wahlrecht der Welt! Soffen wir, daß es am 7. Dezember, dem diesmaligen Wahltage, besser wird.

Auch in Baden treffen die Parteien bereits ihre Vorbereitungen. Für den gestrigen Donnerstag hatten bereits die Deutschnationalen in Karlsruhe zu einer Mitgliederversammlung, welche sich mit den bevorstehenden Reichstagswahlen beschäftigte, eingeladen. Als Sprecher war der Reichs- und Landtagsabgeordnete Dr. Hanemann vorgezogen. Die Deutsch-Demokraten der Landeshauptstadt erörtern heute ebenfalls die Reichstagsaufstellung in einer Mitgliederversammlung und fragen so: Wer ist schuld? Am morgigen Samstag spricht der

deutschliberale Führer und Reichstagsabgeordnete Curtius im Eintracht-Saal in Karlsruhe über nationale Meilpolitik und am nächsten Sonntag hält die sozialdemokratische Partei mehrere Wahlkreis-Konferenzen ab, um zur Kandidatenaufstellung und zur Reichstagswahl Stellung zu nehmen. Für das Zentrum hat Prälat und Landtagsabgeordneter Dr. Schofer die berufenen Instanzen gebeten, sofort an die Wahlarbeit zu gehen und alles gewissenhaft vorzubereiten. Zugleich tritt der Reichsparteitag des Zentrums am nächsten Sonntag in Berlin zusammen.

Im Landtagsgebäude tagen gestern, heute und am Montag die einzelnen Fraktionen des badischen Landtages und die kommunistische Presse Wodens tritt mit einem Wahlauftruf hervor, in welchem es heißt: Wir wollen siegen!

So ist die Wahlbewegung in Fluß, und es ist klar, daß sie sich eigentlich fast täglich steigert. Sechs Wochen trennen uns am Sonntag noch vom Wahltage. Bis dahin wird jede Partei das Äußerste leisten, um am 7. Dezember gut abzuschneiden.

Vom kleinen Grenzverkehr mit der Schweiz

Von Schweizer Seite ist Klage darüber geführt worden, daß die Ausgabe von Dauerpässerscheinen und Tagespässern in zu weitem Umfange erfolge, insbesondere, daß Personen, die nicht in der Grenzzone wohnen oder sich dort zur Kur oder zu längerem Besuch aufhalten, Tagespässe erhalten. Des weiteren wurde beantragt, daß Inhaber badischer Ausweise unberechtigter Weise die Grenzzone in der Schweiz überschreiten. Die Schweizer Polizei hat namentlich in Zürich, aber auch in anderen Gebieten, die nicht zur Schweizer Grenzzone gehören, zahlreiche Mißbräuche dieser Art festgestellt und bestraft.

Es wird daher erneut darauf aufmerksam gemacht, daß Tagespässe nur ausgegeben werden können in den oben erwähnten Fällen und davor gewarnt, die Grenzzone in der Schweiz zu überschreiten. Zu letzterer gehören auch die Stadt Zürich und die südlich davon gelegenen Gebiete. Die nähere Begrenzung dieser Zone wird künftig auf den Dauerpässerscheinen und den Tagespässern vermerkt werden.

Allerheiligenfeier

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, fallen Prozessionen zum Friedhof an Allerheiligen und Allerseelen, sowie Totenfeiern unpolitischer Art nicht unter das Versammlungsverbot. Es braucht daher eine Genehmigung für solche Veranstaltungen nicht eingeholt zu werden.

Das gerichtliche Nachspiel der Unruhen im badischen Oberland

Freiburg, 24. Okt. Wie die Freiburger Blätter melden, kann die Voruntersuchung gegen den Hochverrats beschuldigten Kommunisten des badischen Oberlandes nunmehr für nahezu abgeschlossen gelten. Über den Ort, an dem die gerichtliche Hauptverhandlung stattfinden würde, war man bisher im Zweifel. Zuständig wäre zur Aburteilung der Staatsgerichtshof, dessen Sitz Leipzig ist. Da jedoch der Transport der 35 bis 40 Personen nach Leipzig mit erheblichen Kosten verbunden wäre und in diesem Falle sich ergebenden Zeugengebühren die Staatskasse zu sehr belasten würden, ist aus diesen Erwägungen heraus beschlossen worden, zu diesem Strafprozeß den Staatsgerichtshof in Freiburg im Breisgau tagen zu lassen. Die Verhandlungen sollen am 20. November beginnen und dürften etwa zwei Wochen in Anspruch nehmen.

Österreichisches Konsulat

Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Amtsbereich des österreichischen Konsulats Karlsruhe das ganze Land Baden mit Ausnahme der Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach umfaßt. Diese drei Kreise gehören zu dem Dienstbezirk des österreichischen Konsulats in Mannheim, dem außerdem die bayerische Pfalz als Tätigkeitsgebiet zugewiesen ist.

Karlsruher Konzerte

Die beiden Konzerte der Woche vermittelten wohl recht unterschiedliche Eindrücke, ganz abgesehen davon, daß eben F. von Beethoven's Name an sich schon von einem Virtuosen größten Stils zeugt. Nach vielen Jahren begegnete man dem nun Dreißigjährigen wieder einmal in einem Karlsruher Konzertsaal. Ich hatte das Gefühl, wiederum einem Wunderkind zuzuhören mit feinen Vorzügen und Schwächen. Technische Schwierigkeiten gibt es bei ihm nicht, die Phrase von der spielenden Leichtigkeit, die reiflos das Letzte auf dem Instrument bewältigt, ist bei ihm tatsächlich am Platze. Bei der Wiedergabe der Brahms'schen 4-moll-Sonate konnte man auch herzliche Freunde daran haben, wie er sich in den feinsten Gehalt des Werkes vertiefte. Hier schwang etwas von der hohen Schule des Violinspiels mit, wie den Hauptvertreter der einstens um Brahms'schen Partei, J. Joachim, auszeichnete. Aber schon bei dem überaus diffizilen Violinkonzert von Sibelius triumpierte eminente Kunstfertigkeit über gediegene Musikalität. Vielleicht ist diese Studie für die Lösung der so ziemlich heftigsten technischen Probleme nicht anders beizubringen? Mit nicht! Ausgezeichnete Geschmeidigkeit, dafür aber mit viel Raffinement war der übrige Prozeßsammler zusammengestellt. Hochvirtuose Stücke von Beethoven selbst und zwei Teufeleien Raganinis gaben ihm das Gepräge. Ihre Wahl offenbarte eben, daß Resey über das Entwicklungsstadium des Wunderkinds — musikalisch — nicht wesentlich hinausgekommen ist. Technisch brachte allerdings auch dieser Teil sonderbarste Meisterhaftigkeit und eine seltene Fülle des Tones. Doch konnte all das die gewohnheitsmäßige Skepsis nicht verschleppen, die man solchen Erwerbleistungen als billigen Konzessionen entgegenzubringen kritisch verpflichtet ist. In Walter Mayer-Rabon hatte sich der Solist einen seinem künstlerischen Naturell sehr gut anpassenden Begleiter gewählt, der Bianchi bewältigte seine Aufgaben mit feiner Anschmiegsamkeit und gleichzeitiger erschöpfender Selbstständigkeit. Leider übte der Abend nicht genug Anziehungskraft, um das geräumige Konzerthaus auch nur zur Hälfte zu füllen. Doch lang der Beifall sehr herzlich und mehrere Zugaben fordern.

Am Tag zuvor begann das Karlsruher Streichquartett mit Konzertmeister Ottomar Voigt an der Spitze, seinen sechs Konzerte umfassenden Kammermusikzyklus mit einem Brahms-Abend. Die Regsamkeit, mit der diese einheimische Quartettvereinigung nun ebenfalls wieder in das örtliche Musikleben eingreifen will, ist entschieden anzuerkennen. Auch die technische Ausführung der Werke hielt im ganzen eine kritische Beurteilung stand. Gleich das a-moll-Quartett op. 51 Nr. 2 wurde mit frischem Impuls angepackt und bot vorzüglichste Momente. In der nachfolgenden Violinsonate G-dur op. 78 hatte man allerdings die Empfindung, daß Manches hätte treffender und differenzierter wirken können, wenn am Flügel besonders eine stärkere Persönlichkeit geübt wäre. Die danach noch im F-moll-Quintett (F-moll, op. 34) mitbelebende Pianistin Alice Krieger-Haas (Wdn) ist jedenfalls keine Kammermusik-Spielerin ersten Ranges, denn sie verfügt nicht über alle Farben vom zartesten Piano bis zum mächtig zugreifenden Forte. Auch ihr Pedalgebrauch ist anfechtbar, Brahms als Prüfling, verlangt hier aber das Letzte an jeweiliger Tonintensität. Wenn das Quintett trotzdem nicht übel als Abschluß wirkte, so ist das dem gut aufeinander abgestimmten Streichkörper zu danken. Die stattliche Zuhörerschaft spendete wohlverdienten Applaus.

Zur Defekal über die Kirchenmusikalische Abendandacht in der St. Stephanskirche (Nr. 24) sind zwei Druckfehler unterlaufen. Gleich zu Anfang muß es natürlich heißen: „Auch der Messen-Typus (nicht Massen-Typus!) ist Wandlungen unterworfen.“ Im zweiten Absatz ist richtig zu stellen: „Sympathisch berührte (nicht bewährte!) die volle Ausdrucksgehalt der Chöre.“ H. Sch.

Hans Fikner. Der Komponist Hans Fikner, der sich in einer Heidelberg'schen Klinik vor einigen Wochen einer Gallensteinoperation unterziehen mußte, konnte jetzt nach seiner Genesung das Krankenhaus verlassen.

Der diesjährige Nobelpreis für Physiologie und Medizin wurde, nach einer Meldung aus Stockholm, Professor W. Einthoven in Leyden verliehen.

nung trat der Negjefehler in der Szene, da er nach der Letztüre des Anklagebrieves des toten Vaters gegen die Mutter in wildem Wut- und Schmerzparoxysmus sich schreiend auf das Lager wurf, um mit den ersten artikulierten Lauten uns als der Mutter fürchtbare Schuld zu verklären, daß sie die Witz abgerahmt hätte. Eine derartige Disziplin von Urfauch und Wirkung wirkt nicht mehr erschütternd, sondern geradezu grotesk. Als eine solche als Edm. Ael übertraf Hübner in der einheitlichen Durchführung einer plastisch gesehenen und charakterologisch richtig erfassten Gestalt; er liest aber hinter ihm insofern zurück, als er auch nicht einmal den Versuch machte, einen eigenen Kammerpielton zu finden und daher dauernd quälender wirkte. E. Murhammer war schon in Erscheinung glaubhaft als unausgewachsenes Geschöpf. Sie kam auch im Kammerpielstil Mel. Ernsth noch am nächsten; das zeigte sich insbesondere in der erwähnten Schlusszene, wo sie, im Gegenfatz zu ihrem Partner Hübner, weit mehr ihr Mienenspiel beherrschte und sparsam disziplinierte. Dagegen schien ihr jede einheitliche Grundausfassung ihrer Rolle zu fehlen, so daß sie immer nur die Augenblicksrolle spielte, wobei sie manches zwar ganz gut machte, aber mangels verbindender einheitlicher Mienführung, worin doch das eigentlich Gestaltstypische liegt, die Rolle talendlosartig zerstückelt ließ. Zum Schluß sei noch Elfe Noorman als Emerin erwähnt, die, in ihrer Epifodensrolle, allein, von allen Darstellern Mel. Ernsth ebenbürtig zur Seite trat. Prof. Dr. Karl Holl.

Die Krebsreger. Donnerstag vormittag begann im Kaiser-Friedrich-Haus in Berlin die vierte Tagung der Gesellschaft für Verdauungs- und Stoffwechselfrankheiten mit Vorträgen der Geheimräte von Wasserbaum und Alumenthal über die Diagnostik des Krebses im Bereiche des Verdauungsanal. Alumenthal berichtete, daß es ihm gelungen sei, drei verschiedene Bazillen zu finden und in Reinkultur zu züchten, die als Krebsreger angesehen werden können. Wenn eine Krebsgeschwulst sich entwickelt, sei allerdings der Zusatz von Reizmitteln nötig. Wenn Krebs entstehen soll, müßten innere Disposition und von außen kommende Reiz zusammenwirken.

Aus der Landeshauptstadt

Wie ein Film entsteht. Die wenigsten Kinobesucher denken beim Anschauen eines Films daran, welche Fülle von Arbeit notwendig war, bis der vor ihnen in nur kurzer Zeit abrollende Zelluloidstreifen fertiggestellt werden konnte. Man denke beispielsweise nur an den Aufbau der Dekorationen — mitunter ganzer Städte — oder an die wochenlang währenden Aufnahmen im Atelier und im Freien mit all ihren zahlreicheren Kostümpöbeln. Oder wach mühselige Kleinarbeit erfordert der Trickfilm, wo Strich für Strich festgehalten und mit dem Apparat aufgenommen werden muß. Alle diese Vorgänge, die auch unsere bekanntesten Filmstars bei der Arbeit zeigen, sind nun im Film festgehalten worden. Diesen Bildstreifen „Der Film im Film“ werden die Badischen Lichtspiele am Samstag, dem 25. Oktober, 8 Uhr abends, im Konzerthaus zur Vorführung bringen. „Der Film im Film“ wird heute, wo die Kinetographie nicht nur Unterhaltungsmittel ist, sondern auch Unterrichtsmittel dient, ganz besonderem Interesse begegnen, zumal für den erklärenden Vortrag ein in der Filmherstellung schon jahrelang beschäftigter und erfahrener Redner zu dieser Vorführung gewonnen wurde.

Das Kunsthhaus Sebald veranstaltet bis 1. Dezember eine Kollektivausstellung von Werken Prof. Aug. Babbergers, Gemälden, Aquarelle, Zeichnungen, Keramiken usw. Die Ausstellung ist geöffnet werktags von 9—1 Uhr und 3—7 Uhr, Sonntags von 11 bis 1 Uhr.

Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat November noch nicht erneuert haben, wollen dies **unverzüglich** tun, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	24. Okt.		23. Okt.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	164.79	165.11	165.09	165.91
Kopenhagen 100 Kr.	72.29	72.65	72.47	72.83
Italien . . . 100 L.	18.22	18.32	18.24	18.34
London . . . 1 Pfd.	18.84	18.93	18.88	18.97
Neuhavre . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.92	22.02	21.97	22.09
Schweiz . . . 100 Fr.	80.67	81.07	80.60	81.00
Wien . . . 100 000 Kr.	5.91	5.95	5.91	5.95
Prag . . . 100 Kr.	12.50	12.56	12.50	12.56

Notierung überall 100 Prozent

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 21. Oktober d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 92 sh 4 d, bzw. für ein Gramm Feingold 35,6280 pence.

Verschiedenes

Ein Jahr Rundfunk

Auf der am 31. Oktober aus Anlaß der einjährigen Wiederkehr der Einführung des Rundfunks in Deutschland stattfindenden Tagung des Rundfunkvereins in Berliner Konzerthaus Clou, wird der Staatssekretär Dr. Reebow über das Thema „Ein Jahr Rundfunk“ zu den Rundfunkfreunden sprechen. Um seine Worte auch weiteren Kreisen der Rundfunkfreunde zu Gehör zu bringen, wird die Ansprache um 7 1/2 Uhr abends der Hauptfunkstelle Königsplatz auf Welle 2600 im Reichsverband verbreitet werden.

Letzte Nachrichten

Ein Putz gegen die Peking Regierung

BRN. Paris, 24. Okt. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Peking, daß die Erste Division der nationalen Armee unter General Fung-Hu-Hiang, dem sogenannten Christlichen General, in Peking revidiert und die Stadttore besetzt habe. Die Stadt sei genau wie 1900 vollkommen isoliert.

BRN. Peking, 24. Okt. General Fung-Hu-Hiang, der gestern abend in aller Ruhe Peking besetzte, besitzt die vollständige Kontrolle der Hauptstadt. Alle Verbindungen sind abgeschnitten. Die Stadttore sind geschlossen. Fung-Hu-Hiang ließ eine Proklamation anhängen, wonach er keinen Krieg führen wolle, der das Land ruiniere und den Verlust vieler Menschenleben verursache. Er berief eine Konferenz zwischen der Regierung und der Gegenpartei ein, um dem Krieges Einhalt zu tun. Seine Truppen lagen als Garnison in Peking, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Ausländer zu schützen.

BRN. Tokio, 24. Okt. (Funknachricht). Nach einer Meldung der Agentur Kofuka aus Tientsin ist Tiao-Tun, der Präsident von China nicht unbekanntem Ziel aus Peking geflohen.

Amerika und der Bifferbund

BRN. Washington, 24. Okt. (Funknachricht). Präsident Coolidge hat in der Handelskammer eine Rede gehalten, in der er seine Stellung zum Bifferbund nochmals betonte und hervorhob, daß Amerika bisher nicht beigetreten sei, um nicht in internationale Angelegenheiten, an denen Amerika nicht unmittelbar beteiligt ist, verwickelt zu werden. Dies schließt aber nicht aus, daß Amerika dem Schiedsgerichtshof im Haag beitrete und sich auch an den internationalen Konferenzen beteilige, sofern hierdurch nicht eine Vermischung fremder Staaten in innere amerikanische Angelegenheiten zu besorgen sei.

Der Film im Film
Ein Blick in die Arbeit und hinter die Kulissen der Filmherstellung

Badische Lichtspiele im **Konzerthaus**
Erfolgsführung
Samstag, den 25. Oktober, 8 Uhr abends
mit Vortrag

Vorverkauf:
Musikhaus Müller, Kaiserstraße.
Preise: Mk. 1.70, 1.50, 1.—, 0.60.
Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise.

Nach Inkrafttreten der neuen Reichsmarkwährung führen wir für unsere Kunden statt der bisherigen Bill. Mark- oder Rentenmarkkonten fortan nur noch Reichsmark-Konten. Wir werden daher bei Kunden, welche nur eines dieser Konten haben, dies fortan als Reichsmarkkonto führen, bei Kunden, welche sowohl Bill. Mark- als auch Rentenmarkkonto haben, werden wir die Konten zu einem Reichsmarkkonto vereinen. Die Berechnung der Zinsen erfolgt in der Reichsmarkstaffel mit Rückwirkung vom letzten Abschlußtag. Etwaige Beschränkungen aus der Devisengesetzgebung bleiben während deren Dauer bestehen.

Wechsel und Schecks bitten wir fortan nur noch in Reichsmark auszustellen. Bisher in Bill. Mark oder in Rentenmark ausgestellte Wechsel und Schecks werden wir als über Reichsmark lautend ansehen.

In unserem Kassenverkehr sowie bei laufenden Abmachungen über feste Gelder, Avale oder dergleichen werden wir Geldzeichen, Noten und Währungsabreden über Bill. Mark oder Rentenmark als Reichsmark behandeln.

In unserem Geschäftsverkehr kommt die Entwertungsklausel künftig in Fortfall.

Badische Bank
Badische Girozentrale Zweiganstalt Karlsruhe
Baer & Elend
Darmstädter und Nationalbank
Filiale Karlsruhe
Ignaz Ellern
Veit L. Homburger
Mitteldeutsche Creditbank Filiale Karlsruhe

Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe und deren Depositenkassen
Straus & Co.
Süddeutsche Disconto-Gesellschaft
Filiale Karlsruhe und deren Depositenkassen D. 678
Vereinsbank Karlsruhe

KUNSTHAUS SEBALD
KARLSRUHE WALDSTR. 30
BIS 1. DEZEMBER
KOLLEKTIV-AUSSTELLUNG
PROF. AUG. BABBERGER
GEMÄLDE / AQUARELLE / ZEICHNUNGEN
SEBALD-KERAMIK
BÜCHER / KRISTALLE / PORZELLANE
STICKEREIEN D. 682
GEÖFFNET: WERKTAGS 9—1 Uhr und 3—7 Uhr
SONNTAGS 11—1 UHR

Badisches Landestheater.
Samstag, 25. Okt. 7—10 Uhr. Sp. I M. 4.80.
Abonn. A 7. Th.-Gem. B.V.B. II. Sondergruppe.
Das Käthen von Heilbronn oder Die Feuerprobe.

Spielplan vom 26. Oktober bis 3. November:
Im Landestheater. So. 26.* Th.-Gem. B.V.B. III. Sondergruppe. Zum erstenmal: **Die Rose vom Liebesgarten.** Romantische Oper in 2 Akten, einem Vor- und Nachspiel. Musik von Hans Pfitzner. Dichtung von James Grun. 6 1/2. (Sp. I 8.—) — Mo. 27. Musikalische Abendfeier des **Rheinischen Streich-Quartetts.** Werke von Schumann, Weismann, Gliere. 7 1/2. (3.—, 2.—, 1.—) — Di. 28. Zu halben Preisen: **Undine.** 7 1/2. (Sp. I 3.50) — Mi. 29.* Abonn. G 7 Th.-Gem. B.V.B. Nr. 5601—6000. Neu einstudiert: **Gyges und sein Ring.** 7. (Sp. I 4.80) — Do. 30.* Abonn. B 8 Th.-Gem. B.V.B. Nr. 6701—7200. **Die lustigen Weiber von Windsor.** 7. Sp. I 7.—) Fr. 31.* Abonn. F 7. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 7301—7900. Gleichzeitig Volksbühne Nr. 2. In der Neueinstudierung: **Ein Sommertraum.** 7. (Sp. I 4.80) — Sa. 1. XI. (Allerheiligen)* Abonn. C 8. Th.-Gem. B.V.B. I. Sondergruppe. **Die Rose vom Liebesgarten.** 6 1/2. (Sp. I 7.—) — So. 2.* Th.-Gem. B.V.B. Nr. 201—300, 501 bis 600. Unter musikalischer Leitung des Kapellmeisters Wilhelm Franz Reuß von Deutschen Opernhaus in Charlottenburg a. G. **Fidello.** 7. (Sp. I 8.—) — Mo. 3. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4401—4800. Unter Leitung des Kapellmeisters Wihl. Franz Reuß a. G. **Sonderkonzert:** Werke von Berlioz, Rich. Strauß, Tschairowsky. 7 1/2. (Spers. I. 4.—) — Das zweite **Abonnement-Sinfoniekonzert** ist vom 3. auf Montag, den 17. November verlegt.

Im Konzerthaus. So. 26.* **Die heimliche Brautfahrt.** 7. (Park. I 3.80.)

Kammerspiele im Künstlerhaus. Mo. 27. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 401—600. **Strindberg-Abend. Der Scheiterhaufen.** 7 1/2. (Saal 4.—, 3.—, 2.—)

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 25., nachmittags 1 1/4—5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 27., an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9—1, 4—6 Uhr).

Das Abonnement für das III. Sechstel (9.—12. Vorstellung) kann in der Zeit vom 3.—5. November an der Vorverkaufskasse des Landestheaters einbezahlt werden. Der Hauseinzug beginnt am 6. Nov. Einzugsgebühr 20 Pfennig.

Drucksaßen für die Reichstagswahl
Slugblätter, Plakate usw.

fertigt in kürzester Frist

G. Braun
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
G. m. b. H.
Karlsriedrichstraße 14 **Karlsruhe** Telefon Nr. 952, 953, 954

Kapital.
Zur Anlage von Geldern in prima Hypotheken oder Effekten empfiehlt sich
Joseph Siebmann
Bankgeschäft
Friedrichstraße 116
Telephon 75, 938 und 971.

300 Waggons Most-Äpfel
(Pommes à cidre de la Normandie)
ganz oder geteilt ab Übernahmepplatz Perl/Mosel (deutsch-französische Grenze) D. 680
Alleinvertrieb: **N. Fler,** Cour de Chateau, Thionville/Frankreich.
Lieferungsbedingungen u. telegraphische Tagespreise durch **E. Lenard & Co., Perl/Mosel,** Bezirk Trier. Telegramm-Adresse: Lenard Perl.

1970. Karlsruhe. Nachträglicher Prüfungstermin im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Sasfabrik Friedrich Kubaschewsky G.m.b.H.,** i. Banteloch, ist auf Freitag, den 14. November 1924, vormittags 11 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Stadtemiestr. 8, 2. Stod, Zimmer 150, bestimmt.
Karlsruhe, 20. Okt. 1924.
Gerichtsschreiber.
Hob. Amtsgericht A 4.

1973. Woffach. Über das Vermögen der Firma **Schlatter & Co.** in Woffach, wurde heute am 22. Oktober 1924, vormittags 11 Uhr das Konkursverfahren eröffnet, da der alleinige Inhaber der Firma die Zahlungen eingestellt hat und die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt hat. Rechtsanwalt **Berlein** in Woffach wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 19. November 1924 beim Gerichte anzumelden. Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlus-

fassung über die Weiterhaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintrittendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf.

Mittwoch, 19. Novbr. 1924 vormittags 9 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf.

Mittwoch, 3. Dezember 1924 vormittags 9 Uhr.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an dem Gemeinschuldner zu beibringen, oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 12. November 1924 Anzeige zu machen.

Woffach, 22. Oktober 1924
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.